

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten-Verlag.  
Verlagsredaktion: Gemmelestraße 25/241  
Telefon-Nr.: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Berolin bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post  
bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 6,50 Mk., vierteljährlich 19,50 Mk.  
Die Hefen 37 mm breite Seite 2 Mk. Auf Familienanzeigen, Einzelnen unter  
Bedingungen u. Werbungsregeln, 10spaltige bis u. 20spaltige 25%. Honorarliste laut  
Leitf. Blattverleger-Vereinigung gegen Voranschreibung. Einzelnummern 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstellen:  
Königsplatz 39/40.  
Druck u. Verlag von Dieckhoff & Schöndel in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht entböhrt.

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

**Reichs-Raffee**  
Kaffee — Täglich: 5-Uhr-Tea — Kaffee

**Spielwaren-Oster-Ausstellung**  
Tennis — Fußball — Hockey — Sportgeräte  
B. A. Müller, Prager Straße 32

## Kahr über die Selbstschutzorganisationen.

### Gegen Auflösung und Entwaffnung.

München, 15. März. Bei der Beratung der Frage der Einwohnerwehr und der Entwaffnung im Landtage war die Ministerpräsidenten u. Kahr vor den im Reich sich geltend machenden Tendenzen, die Kahr an die innere Verfassung der Einzelstaaten zu legen. Das würde nur die Schwächung des Reichsgedankens zur Folge haben. Die schwierigste Aufgabe sei und bleibe die Wiederaufrichtung der Staatsautorität. Den Ausnahmeständen in Bayern halte die Regierung noch wie vor für notwendig. Die Einwohnerwehr bilde die Abwehr gegen alle Störungsvorgänge und habe keinen militärischen Charakter. Die bolschewistische Gefahr sei noch unvermindert. Von der Einwohnerwehr sei jede Politik fernzuhalten. Der Ministerpräsident nahm die in der Selbstschutzorganisation und Einwohnerwehr hervorgetretenen Männer Gierich und Stanzler in Schutz gegen Vorwürfe, die besonders von der Königspartei gegen sie erhoben wurden, und teilte mit, daß es sich hier um eine Aktion gewisser Kreise der Bayerischen Staatspartei und des Grafen Bismarck handele, die Ende Januar verabredet worden. Es wurde damals beschlossen, mit Reichsorganen der einzelnen Abgeordneten hervorzutreten und besonders die Organe und die Delegation politische Organisationen bloßzustellen, die Regierung zu zwingen, ein politisches Verbot herbeizuführen und dann ein Selbstschutzzentrum zu veranlassen. Hierbei schienen Kaden nach Desterreich und nach dem Beken eine Rolle gespielt zu haben. Mitglieder des früheren Königsbundes hätten dieser ganzen Sache ferngehalten.

Die Vöndner Verhandlungen ergaben den Eindruck, daß die Einwohnerwehrränge gegenüber der Reparationsfrage von untergeordneter Bedeutung sei. Durch das Botsgehen der Reichsregierung sei die bayerische Regierung vollständig überrollt worden. Die hohe dagegen entschiedene Einsprüche ergaben. Die Staatsregierung würde unverantwortlich handeln, wenn sie den Schuldschein vorzeitig einreichen würde. Wenn die Gegner auf die militärische Bedrohung durch die Einwohnerwehren hinwies, so sei das nur ein Vorwand, und wenn sie ihre Auflösung verlangten, so sei das nur wegen des Rufes kommunistischer, der in den Einwohnerwehren liege. Denn wir wissen, sagte der Ministerpräsident, alle Volk und als Staat am Besten liegen bleiben. Wie würde die Geschichte über ein Verbot urteilen, das den Willen, das Staatswohl zu behaupten, nicht beizugt? Ah kann bei den gegenwärtigen

Verhältnissen die Auflösung und Entwaffnung unserer Einwohnerwehr weder billigen, noch jene verurteilen, die sich nicht entwaffnen lassen wollen. Die Zukunft Deutschlands hängt allein von der Kraft seines Willens ab, sich zu behaupten. Ich bin aber überzeugt, daß wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten auch über den Weg, der zum Ziele führt, uns zusammenfinden könnten. (S. L. B.)

Die Rede des Ministerpräsidenten fand bei allen bürgerlichen Parteien harten Beifall. Von der Linken wurde sie mehrfach durch Zwischenrufe unterbrochen.

### Das Schicksal des Selbstschutzes.

Berlin, 15. März. Wie der „Berl. Volksw.“ aus Kreisen der bayerischen Volkspartei erfährt, ist mit dem Austritt der Nationalen aus der Regierungskoalition kaum noch zu rechnen. Die Verhandlungen zwischen Bayern und der Reichsregierung sind fortgesetzt worden, und es ist auch deren Mittelungen gelungen, eine Einigung zu finden. Der Austritt zur Beratung der Selbstschutzesfrage dürfte voraussichtlich morgen seine Verhandlungen aufnehmen. Man rechnet, daß er die Vorlage nach den verschiedenen Meinungen ändern wird, wodurch es der Bayerischen Volkspartei ermöglicht werden soll, ihren Widerstand aufzugeben. Die Vorlage wird dann voraussichtlich in den nächsten Tagen im Plenum zur Beratung kommen.

### Die Demokraten und die Regierungsbildung.

Berlin, 15. März. Ueber die vertrauliche Tagung des demokratischen Parteiausschusses wird parlamentarisch gemeldet, daß der Parteiausschuss eine Regierungsbildung der Mitte auf möglichst breiter Grundlage und eine Herbeiführung der Regierungskoalition in Preußen und im Reich für notwendig hält.

### Die geheimnisvolle Sachverständigenkonferenz.

Berlin, 15. März. Dem „B. L.“ zufolge ist die bevorstehende Beiprägung der Sachverständigen, die über die Pariser Beschlüsse der Entente und unsere Stellungnahme in London gehört worden waren, weder vom Auswärtigen Amt, noch vom Reichswirtschaftsministerium einberufen worden. Die genannten Reichsminister hätten eine private Einladung zur Teilnahme an der Beiprägung erhalten. Minister Dr. Simons sehe sich aber nicht in der Lage, der Einladung Folge zu leisten. Es dürfte sich aber angenommen werden, daß die Minister Dr. Wirth und Dr. Scholz, seinem Beispiele folgen werden.

## Die französische Kammerdebatten über London.

Paris, 15. März. In der heutigen Kammerdebatte wurde vor allem die Diskussion der Interpellationen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz eingeleitet. Dr. Land erklärte jedoch, daß die Regierung erst am Donnerstag ihre Erklärungen abgeben werde. Als erster Interpellant fragte Abg. Goussier, ob die Sanktionen augenblickliche Zwangsmittel oder dauernde Pflichten seien. Er bemängelte die unpräzise Abgabe von Verkaufswerten der deutschen Lieferungen an alliierte Länder. Es sei nicht sicher, ob Italien, Belgien und Japan die gleichen Maßnahmen einführen. Anstatt daß Deutschland Anlieferungen mache, um an die Alliierten zu liefern, werde es seinen Handel nach Rußland leiten. Deutschland könne an Rohstoffen und durch seine Arbeit zehren. — Urdan erklärte, in London habe Minister Simons einen beratenden Vorschlag gemacht, aber nur sehr unbestimmt. Wenn die französische Regierung ihn angeht hätte, so hätte sich daran eine

Diskussion geknüpft, die vielleicht jetzt noch nicht beendet sein würde. Denselben bemerkte, Frankreich und die Alliierten hätten noch Wünsche über die Zahlungsart formulieren können. — Abg. Crespel, unterstützt von drei anderen Abgeordneten aus dem Norddepartement, warf dem Minister in den verwirklichter Gebieten sei alle Welt der Verwendung deutscher Arbeiter feindselig gesinnt. Die Zustimmung zu dieser Maßnahme komme nur von der äußersten Linken. — Denselben sagte zum Schluß: Wenn die Alliierten die Zahlungen in Natura ablehnen, dann wird der französische Staat darunter leiden. Deutschland kann sein Geld daraus verwenden, seine Industrie zu entwickeln, Frankreich aber muß es für seinen Wiederaufbau verwenden.

Der kommunistische Abg. Cahin sagte, wenn Deutschland nicht entwaffnet sei, so sei das die Schuld der herrschenden Klassen Deutschlands und Frankreichs. (Großes Lärm. Die Abgeordneten der Rechten und der Mitte begleiteten die Ausführungen des Redners mit ironischen Tönen.) — Abg. Durrall von der Partei Ironie sagte, die Entwaffnung Deutschlands sei der Hauptpunkt, denn der Wille zum Frieden herrsche weder beim deutschen Volk, noch bei den Regierenden in Deutschland. (1) Die Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission müsse verlängert werden. Deutschland verlege den Friedensvertrag. Eine Abänderung des Vertrages wäre um so notwendiger, als die im Vertrag vorgesehene englische und amerikanische Zusammenarbeit nicht bestehe. — Abg. Kurial (Rechtsstehender Sos.) erklärte, der Grundgedanke der Reparationen sei gerecht (1)

und mächtig, (2) was gewisse Elemente in Deutschland auch anerkannt. (1) Aber sobald dieser Grundgedanke in die Tat umgesetzt werde, entständen Schwierigkeiten.

### Düsseldorf ist ein Ausgangspunkt. Wo ist das Ende? Etwa im Ruhrgebiet?

Wie wird die Abgabe von den deutschen Lieferungen verteilt werden? (Wirth und Wirth) warf das wichtige, er werde im einzelnen darauf antworten. Abg. Kurial fuhr fort: Das englische Geleg über diese Maßnahmen sei einfach zum Schutze des englischen Handels bestimmt, damit deutsche Erzeugnisse nicht nach England kommen könnten. Wenn eine Zolllinie am Rhein entlang geführt werde, dann würden die Rohmaterialien und Fertigprodukte doppelt mit Zöllen belegt werden. Wenn man die Rheinlande schon, dann werde man nur Ergebnisse erzielen, die nichts einbrächten. Man würde aber bald eine Handhabe haben, um mit Teufel gegen die Verbündeten zu protestieren. Und wer soll schließlich die Kosten für die Besatzungsbereitschaft und die Zollbeamten bezahlen? Die Vorschläge Denselns würden die Arbeitslosigkeit verstärken und kein Geld einbringen. Man müsse ein internationaler Wiederaufbauorga gebot machen, an dem die Geschädigten, die Unternehmer und die Arbeiter beteiligt seien. Das Betriebskapital für dieses Unternehmen müsse durch eine internationale Anleihe unter Mitarbeit von Amerika aufgebracht werden.

### Die französischen Sozialisten über die Kriegsschuld.

Paris, 15. März. Die französischen Sozialisten haben einen Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt geschickt. Darin wird gesagt, daß die Verantwortung für die Kriegserklärung bei Deutschland lag. In dem Aufruf werden alle angeblichen Verbrechen gegen die Kriegsgesetze, alle planmäßigen Verdrängungen, deren Deutschland sich im Laufe des Krieges schuldig gemacht habe, aufgeführt. Es geht nicht an, daß das schuldige deutsche Kapital sich den gerechten Forderungen entziele. Der Aufruf fordert am Schluß die deutschen Arbeiter auf, die Absicht des Kapitalis zu vereiteln.

### Englisch-französische Schwindelerei.

Berlin, 15. März. Der „Oberver.“ läßt sich aus Paris mitteilen, der Gedanke der Zwangsangewendung gegenüber Deutschland kamme von deutscher Seite (1), und zwar hätte das Staatssekretär Bergmann zu London gesagt, daß keinerlei Uebereinkommen mit Deutschland ohne die Anwendung eines Druckes zu erreichen wäre. Herr Bergmann hätte sogar einen Brief gegeben, daß ein solcher Druck willkommen sein würde. — Zu dieser Behauptung steht das B. L. B. fest, daß sie vollkommen erfunden ist.

## Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Der 14. März 1921 ist ein bedeutendes Datum in der Geschichte der deutschen Schifffahrt. An diesem Tage hat der Reichstag das zwischen der Reichsregierung und der Hamburger Reederei-Treuhandgesellschaft im vorigen Monat abgeschlossene Abkommen über die an die deutschen Reeder zu zahlende Entschädigung für ihre Kriegsverluste genehmigt, und die große Mehrheit, die der Vertrag gefunden hat, ist ein erfreulicher Beweis dafür, wie sehr auf allen Seiten die Wehrwirtschaftssozialdemokratie eingeschlossen, der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte als nationales Bedürfnis ersten Ranges, als eine unerlässliche Bedingung der Neubelebung der deutschen Wirtschaft empfunden wird. Wenn die äußerste Linke sich auch in diesem Falle absehmend verhalten und mit den geschäftlichen Schlußworten die Vorlage bekämpft hat, so kann man darüber mit einem Aufschrei zur Tagesordnung übergehen; ist es doch nachherade so selbstverständlich geworden, von dieser Seite alles, was irgendwie dem nationalen Allgemeinwohl dient, mit fanatischem Herbeistürzen bekämpft zu sehen, daß höchstens ein ausnahmsweises gesondertes Verhalten Erwähnung hervorbringen könnte. Auf der Grundlage, die nunmehr durch die Zustimmung des Reichstages endgültig festgelegt worden ist, soll sich die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, die einst so mächtig und gebietend auf den Meeren einherfuhr, und die durch den Krieg an einem winzigen Häuflein zusammengeschmolzen ist, vollziehen. Die im Krieg verlorengegangene deutsche Gesamttonnage betrug einschließlich der abgestellten Schiffe rund 5 Millionen Tonnen, und ein Drittel davon haben sich die Reeder innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren neu zu schaffen verpflichtet gegen die Zahlung von 12 1/2 Milliarden Papiermark. Die Unabhängigen und Kommunisten röhreten heftige Entwürfe gegen die Höhe dieser Summe und gegen den dabei zugrunde gelegten Preis von 7000 Mk. für die Tonne und erklärten, es handle sich um einen Milliardenraub an deutschen Volk und um eine Liebesgabe an die schwerkriegeligen Reeder und Vertriebhaber. Von alledem kann nicht entfernt die Rede sein. Zunächst ist zu bedenken, daß nach der von der Reichsregierung in Spa überreichten Denkschrift der Wert der abgestellten Schiffe allein, also abziehen von den sonstigen Kriegsverlusten, 7,5 Milliarden Goldmark gleich rund 100 Milliarden Papiermark beträgt. Da muß man denn doch sagen, daß die 12 1/2 Milliarden Zuschuß zu den Wiederaufbaukosten nur einen recht mageren Vergelt für die Reeder darstellen. Der Preis von 7000 Mark für die Tonne Schiffsraum ist ebenfalls nicht als zu hoch zu bezeichnen, wenn man berücksichtigt, daß die Reeder sich verpflichtet haben, 90 v. H. der Abfindungssumme ausschließlich an deutschen Werften zu verbauen, die wegen der unheimlichen Wirtschaftslage Deutschlands nicht imstande sind, den Schiffsraum zu dem niedrigeren Preise des offenen Marktes zu liefern. Der Reichstag hat die Preisberechnung der Reeder sehr sorgfältig geprüft und sich danach für die Forderung von 7000 Mark ausgesprochen. Daß es sich in keiner Weise um eine Bevorzugung der Großreederei handelt, geht schon aus dem Umstand hervor, daß von dem Abfindungskapital 2,5 Millionen abgezweigt werden, die allein für die Stichreederei bestimmt sind. Außerdem werden auch gerade die Kreise, die von der äußersten Linken vornehmlich als Großreederei „schwarzmarkt“ werden, nämlich die beiden führenden den deutschen Schiffahrtsgesellschaften, der Norddeutsche Lloyd in Bremen und die Dapag in Hamburg, verhältnismäßig am wenigsten von der vermeintlichen „Liebesgabe“ profitieren, weil das Schwergewicht dieser Gesellschaften im Passagierverkehr ruht. Für den Wiederaufbau der deutschen Passagierdampferflotte wird aber vergleichsweise nur wenig von den zugewilligten Reichsmitteln übrig bleiben, da die dringende wirtschaftliche Not unteres Vaterlandes in erster Linie den Bau von Frachtdampfern erfordert, so daß zur Beförderung von Passagieren bis auf weiteres nur eine sehr verhältnismäßig Anzahl von Schiffen kleineren Tons in Anmarsch genommen werden kann. Erst in späteren Jahrgängen werden die großen Reedereien daran denken können, die deutsche Passagierdampferflotte planmäßig, langsam und vorstufenweise neu erheben zu lassen, und dabei werden sie tief in die eigene Tasche greifen und die Mittel in Anspruch nehmen müssen, die sie durch ihre eigene geschäftliche Tätigkeit und Umkäufe für diesen Zweck erbringen können. Wo bleibt da das „Milliardenraub“?

Das Bedürfnis nach Neuanschaffung von Reichsschiffen ist heute für Deutschland ausnahmslos, weil alle alliierten Frachten, die wir für die Güterbeförderung mit fremden Schiffen zahlen müssen, in ausländische Hände fließen und so die deutsche Zahlungsbilanz verschlechtern. Wenn wir in früherer Zeit trotz des passiven Charakters unserer Handelsbilanz — unsere Einfuhr überwiegt auch schon im Frieden regelmäßig die Ausfuhr — über eine aktive Zahlungsbilanz verfügen könnten, so trägt in diesem günstigen Ergebnis hauptsächlich der Genossenschaft der deutschen Schifffahrt aus dem überseeischen Handelsverkehr. Daran braucht man sich nur zu erinnern, um zu beurteilen.

5179  
ratur.  
gen  
geset  
gen  
ern  
ung  
nung!